

Topthema:
Zukunft der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung



Anfänge der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung

Aufgrund des akuten „Deponienotstandes“ Anfang der 1980er-Jahre in Österreich entwickelte die ARGE Abfallvermeidung, eine kleine Umwelt-NGO in Graz, 1984 ein neues Lösungskonzept: die kommunale Umwelt- und Abfallberatung

In den achtziger Jahren kam es aufgrund steigender Abfallmengen und sinkender Deponiekapazitäten zu gravierenden Entsorgungsproblemen. Die Mengen aus Hausmüll und Gewerbeabfällen und die Anzahl von Luft- und Wasserverunreinigungen explodierten geradezu.

Medienberichte über Müllexporte, illegale Deponien oder verseuchte Spielplätze schreckten auch die Politik auf. 1987 wurde beim damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ein Abfallwirtschaftsbeirat eingerichtet, der nach Schweizer Vorbild bis zum Sommer 1988 die so genannten „Leitlinien zur Abfallwirtschaft“ ausarbeitete. (Quelle: [Geschichte der Abfallwirtschaft in Österreich](#), Diplomarbeit Markus Ossberger, TU Wien 1997). Darin wurde der Abfallvermeidung im Bereich der Abfallwirtschaft die höchste Priorität eingeräumt.

Erster Schulungskurs 1986

Die kommunalen Umwelt- und Abfallberater:innen, die in jeder Region tätig sein sollten, waren mit einem großen Informationsbedürfnis der Bevölkerung vor allem über Verpackungsabfälle konfrontiert, weil in diesem Bereich die größten Unsicherheiten, Erklärungsbedürfnisse und auch kritischen Einstellungen vorherrschten. Nachdem die damalige Arbeitsmarktverwaltung (AMV, heute: AMS) der Grazer Umwelt-NGO ARGE Müllvermeidung 1984 den Auftrag zur Ausarbeitung eines Konzepts für eine Ausbildung erteilt hatte, fand 1986 in Graz der erste Abfallberaterkurs statt, die Startphase wurde durch die Arbeitsmarktverwaltung finanziert. Nach fünf Jahren gab es bereits an die 200 Abfallberater:innen.

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Welche Rolle die kommunale Umwelt- und Abfallberatung künftig vor allem bei der Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie spielen kann und muss, und welche Maßnahmen und Strukturen es dafür erfordert, war eine der zentralen Fragen des ersten „Zukunftsworkshops kommunale Umwelt- und Abfallberatung“ in Wien. Was bei der gemeinsamen Diskussion mit Abfallberater:innen und Stakeholdern an Antworten und möglichen Lösungsvorschlägen erarbeitet wurde, ist Thema dieses VABÖ Blattes.

Euer Redaktionsteam

Hias Neitsch (VABÖ-Geschäftsführer)

Alex Würtenberger
(stv. VABÖ-Vorsitzender)

Silvia Anner
(Text und Recherche)

Anfänge der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung Seite 1

Zukunft der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung Seite 4

Das Aufgabenspektrum der Abfallberater:innen Seite 5

Interview mit DI Michael Bartmann Seite 7

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie Seite 8

Interview mit BM Leonore Gewessler Seite 10

VABÖ-NEWS Seite 10

Mitteilungen des BMK Seite 12

Medieninhaber:

VABÖ - Verband Abfallberatung Österreich
Trappelgasse 3/1/18, 1040 Wien
vaboe@arge.at, www.vaboe.at

ZVR: 522522855

Infobox:

- Der Begriff Abfallwirtschaft wurde in der Bundesverfassungsnovelle (BVG) von 1988 erstmalig festgeschrieben. Die Achtziger Jahre könnte man als Lehrjahre der Bundesumweltpolitik sehen, in denen systematisch Umweltgesetze entstanden, die zuerst nur Teilmaterien gewidmet waren, aber zunehmend umfassender und ökologisch sinnvoller wurden. Die „end of pipe“- Technologien waren überholt.

>> Fortsetzung auf Seite 2

>> Fortsetzung von Seite 1

- 1978 legte das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) ein Arbeitspapier als Basis für ein Bundesabfallwirtschaftsgesetz vor.
- Die Ziele und Grundsätze der heimischen Abfallwirtschaft sind im **Bundes-Abfallwirtschaftsgesetz 2002** (AWG 2002) festgelegt. Entsprechend der **EU-Abfallrahmenrichtlinie** und der **österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie** stehen die Vermeidung, Verringerung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Zentrum.

Bundes-Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002):

www.ris.bka.gv.at –

Suchbegriff Bundes-Abfallwirtschaftsgesetz 2002

EU-Abfallrahmenrichtlinie:

<https://eur-lex.europa.eu>

Suchbegriff Dokument 32008L0098

Österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie:

www.bmk.gv.at –

Suchbegriff Österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie



„Abfallberatung macht Schule“ war und ist ein wichtiger Pfeiler der abfallwirtschaftlichen Bewusstseinsbildung.

Das Berufsbild Abfallberater:in

Abfallberater:innen sind öffentliche Angestellte, deren Hauptarbeitsfeld die Öffentlichkeitsarbeit in der kommunalen Abfallwirtschaft ist. Zu ihren Hauptaufgaben, deren Ziel zum einen die Abfallvermeidung, zum anderen die Verbesserung der Trenndisziplin in der Bevölkerung ist, gehören Kommunikation auch über social media, PR, Marketing, Management und Organisation, die Arbeit in Schulen und Kindergärten, Erwachsenenbildung, die Zusammenarbeit mit regionalen Entsorgungsbetrieben, die überregionale Kooperation u.v.m.

Berufsbild nicht gesetzlich verankert

Ihr Berufsbild ist nicht gesetzlich verankert; vereinzelt gibt es eine Verankerung in Landesgesetzen und Länder-Abfallwirtschaftsplänen. Seit 2011 ist es verstärkt im Bundesabfallwirtschaftsplan und mehrheitlich in Bezirks-Abfallwirtschaftsplänen enthalten. Ein zwischen VABÖ, ARGE der österreichischen Abfallwirtschaftsverbände und der VKS Verpackungskordinierungsstelle akkordiertes Berufsbild mit einem Mindestqualifikationsprofil existiert seit 2017.

Wichtige Qualifikationen

Zu den Qualifikationen zählen u.a. das Wissen um abfallwirtschaftliche Grundlagen sowie Grundlagen des Abfallrechts, um öko-soziale Systemzusammenhänge oder die Funktionsweise der getrennten Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen und Elektro-Altgeräten. Ebenso Kenntnisse über Öffentlichkeitsarbeit und PR mit der Fähigkeit, Texte und Artikel in einfacher Sprache zu verfassen, und Pädagogik mit Methodenkompetenz. Ergänzt wird dies durch laufende Weiterbildung im Fachbereich. Derzeit sind österreichweit etwa 360 Abfall- und Umweltberater:innen aktiv. Nach einer Erhebung von 2016 betrug das durchschnittliche „Dienstalter“ 16 Jahre.

Erkenntnisse zur Wirkung der Umwelt- und Abfallberatung

Der Anteil getrennter Sammlung stieg von nahe Null innerhalb von 15 Jahren auf teilweise über 70 Prozent in vielen Regionen, etwa in der Steiermark. Die Verwertungsquote inklusive energetischer Nutzung erhöhte sich auf 70 Prozent in ganz Österreich, und der Deponie-Rest sank auf weniger als drei Prozent. Die Verwertungserlöse reduzierten kommunale Kosten und Müllgebühren für private Haushalte.

Regionaler und nationaler Mehrwert geschaffen

Durch die Förderung der Beratungstätigkeit, um eine Verhaltensveränderung hin zu weniger Verschwendung von materiellen und finanziellen Ressourcen zu erreichen, wurden neue Arbeitsplätze geschaffen und damit ein regionaler und nationaler Mehrwert. Zuerst in End-of-pipe-Technologien zu investieren, wie dies heute vielfach in (Süd-) Osteuropa geschieht, ist der falsche Weg und führt zu finanziellen Verlusten von Regionen und Staaten. Und eine Investition in die Veränderung menschlichen Verhaltens ist billiger als Technologien und Strategien zu finanzieren, welche die Folgen von unerwünschtem Verhalten kompensieren sollen. Eine ähnliche Herangehensweise könnte auch in anderen Handlungsfeldern, beispielsweise der zirkulären Transformation erfolgreich sein.

Wichtigste Schnittstelle zwischen Abfallwirtschaft und Öffentlichkeit

Die Umwelt- und Abfallberater:innen sind die wichtigste Schnittstelle zwischen Abfallwirtschaft und Öffentlichkeit. Sie transformieren öffentliche Unzufriedenheit, etwa mit der Abfallbehörde, in positives individuelles Handeln – zum Beispiel Abfalltrennung, Eigenkompostierung, nachhaltige Konsummuster etc. – und sind der Schlüssel zur Schaffung öffentlicher Akzeptanz für „unpopuläre“

Maßnahmen. Sofern die Maßnahmen vernünftig und nachvollziehbar sind. Aber ohne öffentliche Akzeptanz sind selbst vernünftige und nachvollziehbare Maßnahmen zum Scheitern verurteilt.

Neue Aufgaben für die Umwelt- und Abfallberatung

Die Rolle der Umwelt- und Abfallberater:innen hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Neben der Bewusstseinsarbeit für das richtige Trennen sind jetzt Themen wie Abfallvermeidung - die effektivste Form der Ressourcenschonung und eine wesentliche Maßnahme für den Klimaschutz -, Wiederverwendung oder nachhaltiger Konsum von steigender Bedeutung. Dafür Akzeptanz bei den Menschen zu schaffen und die Bedeutung von mieten, leihen, reparieren statt kaufen zu vermitteln, stellt eine der wichtigsten Aufgaben der Abfallberatung dar. Alle diese Themen und Fragen sind sehr beratungsintensiv. Und ungeachtet der Verfügbarkeit unterschiedlichster Informationsquellen und Medienkanäle hat der persönliche Dialog auch weiterhin einen großen Stellenwert.



© Tiroler Bildungsforum/ATM

„Reparieren statt neu kaufen“, ist eine der wichtigsten Aufgaben der zukünftigen Umwelt- und Abfallberatung.

Topthema:
Zukunft der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung

Infobox:

Abfallvermeidung ist als oberste Priorität in der europäischen und österreichischen Abfallgesetzgebung (Abfallwirtschaftsgesetz, AWG 2002), noch vor der Vorbereitung zur Wiederverwendung und der stofflichen Verwertung (Recycling) verankert. Sie umfasst jede Maßnahme, welche ergriffen wird, bevor ein Stoff, Produkt etc. zu Abfall wird. Dies beinhaltet auch Maßnahmen zur Wieder- und Weiterverwendung, z. B. durch Reparatur oder Kauf von Gebrauchsgütern. Abfallvermeidung schließt damit sowohl die Verringerung von Abfällen, die Verlängerung der Lebensdauer als auch die Reduktion von Schadstoffgehalten in Produkten und Abfällen ein.

Nachfolgend sind die Schwerpunktthemen der Abfallvermeidung dargestellt:



>> Fortsetzung von Seite 3

Zur Erreichung von Abfallvermeidung ist das Mitwirken aller notwendig. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Rolle zu, da sie nicht nur ihre Bürger:innen und Unternehmen mittels Vorbildwirkung und Anreizen zur Abfallvermeidung anregen, sondern auch als Abfallerzeuger ihr Handeln entsprechend anpassen können. Ebenfalls ergeben sich Vorteile und Chancen für die Kommunen, wie z. B. die Etablierung einer Vorreiterrolle und der damit einhergehende Imagegewinn und langfristig eine Kostenersparnis bei der Entsorgung von Abfällen und bei Aufräumarbeiten im öffentlichen Raum.

Leitfaden zur Erstellung regionaler Abfallvermeidungskonzepte

Vor diesem Hintergrund hat das Umweltbundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie 2023 einen praxisorientierten **Leitfaden zur Erstellung eines Abfallvermeidungskonzepts für Kommunen** erarbeitet. Der Leitfaden enthält neben praktischen Handlungsanleitungen auch detaillierte Maßnahmenvorschläge, vielfältige Umsetzungstipps und zahlreiche „Best Practice“-Beispiele und soll Kommunen die Erstellung eines Abfallvermeidungskonzepts erleichtern.

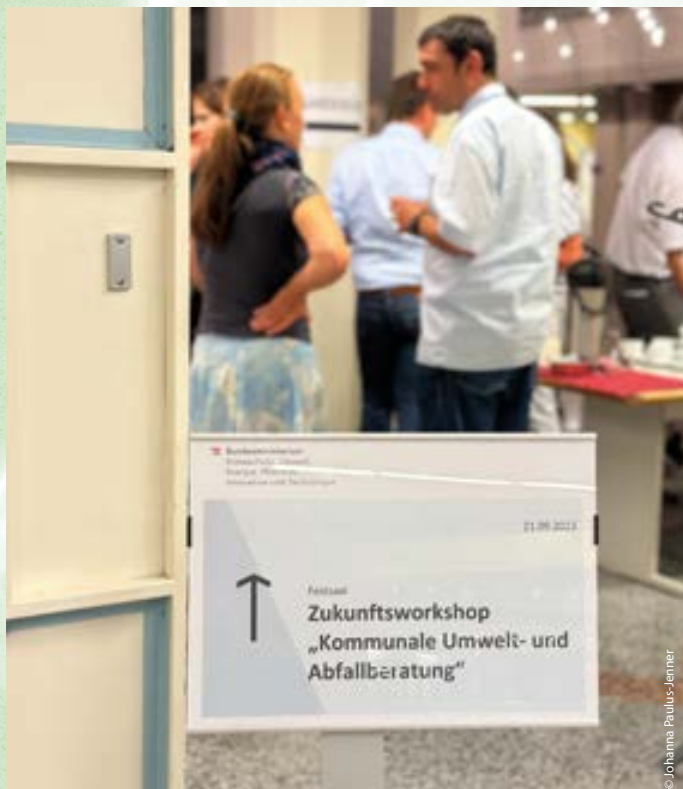
Mehr Infos: Stoifl B., Broneder C., Oliva J., Leitfaden zur Erstellung regionaler Abfallvermeidungskonzepte. Wien, 2023; www.umweltbundesamt.at – Aktuelles – Studien und Reports – Thema Abfall



Zukunft der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung

In Wien fand am 21. September 2023 der erste Workshop zur künftigen Entwicklung der Umwelt- und Abfallberatung statt.

50 vom VABÖ-Vorstand repräsentativ ausgewählte Abfallberater:innen und Stakeholder der Bundes-, Landes- und Kommunalebene aus ganz Österreich folgten der Einladung von Re-Use Austria (vormals RepaNet), dem Verband Abfallberatung Österreich (VABÖ) und des Klimaministeriums (BMK).



Die zentralen Fragen, die gemeinsam mit den Abfallberater:innen und Stakeholdern diskutiert wurden, lauteten: Welche Rolle sollen die Umwelt- und Abfallberater:innen der österreichischen Gemeinden und Abfallwirtschaftsverbände künftig bei der Reduzierung des materiellen Konsums spielen? Wie kann Abfallvermeidung attraktiver gemacht werden? Wie können Österreichs Abfallberge verkleinert werden? Was vereint die Abfallberater:innen aller Bundesländer?

Austausch und Reflexion

Der Workshop-Tag stand im Zeichen des Austausches, der Reflexion über Erfolge und Barrieren sowie des Erarbeitens von Lösungsvorschlägen im Bereich nachhaltiger Konsum, Abfallmanagement und Abfallreduktion. Immerhin sieht die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie ambitionierte Ziele für die dringend nötige Reduktion der Stoffströme vor – das beinhaltet auch die Reduzierung des privaten Konsums an materiellen Gütern um zehn Prozent bis 2030, und eine Reduzierung des gesamten Materialfußabdruckes um 80 Prozent bis 2050.

Die Bevölkerung motivieren

Anders sind die überlebensnotwendigen Klimaziele nicht zu erreichen. Es ist also dringend geboten, neben der Schaffung der notwendigen rechtlichen, fiskalischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Politik auch die Bevölkerung entsprechend zu motivieren – ein klassisches Aufgabenfeld der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung seit den 80er-Jahren.

Workshop: Die wichtigsten Ergebnisse

In den Arbeitsgruppen tauschten die Teilnehmer:innen ihre Erfahrungen aus, analysierten ihr aktuelles Tätigkeitsfeld auf Stärken und Schwächen und diskutierten künftige Chancen und Herausforderungen vor allem im Hinblick auf eine Reduktion des materiellen Konsums in privaten Haushalten – das Ziel 4 der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie. Die Ergebnisse sollen in einer Dokumentation samt Empfehlungskatalog an jene Stakeholder, die auf

die künftige Ausgestaltung und Finanzierung der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung Einfluss haben bzw. haben könnten, zusammengefasst und dann dem Klimaministerium (BMK) übergeben werden.

Österreichweite Vernetzung

In der Umwelt- und Abfallberatung ist viel Kompetenz, Innovationsgeist und Expertenwissen vorhanden. Dieses Wissen muss auch entsprechend kommuniziert werden, der Informationsfluss mit anderen Verbänden ist aber oft nicht gegeben. Deshalb ist eine österreichweite Vernetzung enorm wichtig, waren sich alle Teilnehmenden einig. Es sollte vermehrt Treffen zum Austausch von aktuellen Themen, Round Tables und Veranstaltungen wie den Zukunftswerkshop geben. Und ein Kommunikationstool zum Austausch untereinander.

Konkrete Aufträge und klare Vorgaben

Eine konkrete Forderung der Abfallberater:innen, die als Mediator:innen, Vernetzer:innen sowie Koordinatoren zwischen Öffentlichkeit, Betrieben, Verwaltung, Wissenschaft und Politik fungieren, betrifft klare Aufträge für ihre Arbeit, konkrete Vorgaben und mehr Mitsprache bei der Erstellung der Vorgaben. „Aus der Kreislaufwirtschaftsstrategie zu definieren, wo genau unsere Handlungsfelder liegen, wäre sehr wichtig.“ Auf der Wunschliste stehen Materialien und Unterlagen zum Thema Kreislaufwirtschaft. Hemmnisse für ihre Arbeit sehen die ABs in der teils fehlenden Klarheit etwa beim Abfallwirtschaftsgesetz 2002. „Das ist zu komplex. Was fehlt, sind genauere rechtliche Informationen zu relevanten Themenfeldern, die in der Abfallberatung kommuniziert werden sollen.“

Berufsbild klarer definieren

Der Generationenwechsel und die Veränderungen der letzten zwanzig Jahre haben auch das Berufsbild der Abfallberater:innen sehr verändert. „Das Berufsbild muss unbedingt klarer definiert, vielleicht auch die Berufsbezeichnung geändert werden. Und es braucht eine rechtliche Absicherung der Position.“ Damit ist auch der Wunsch nach mehr Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit von politischer Seite verbunden. Was sich auch in der Finanzierung ausdrücken sollte. „In allen Verbänden fehlt es an Zeit und Personal, administrative Tätigkeiten nehmen überhand.“ Nicht zuletzt sollte es eine einheitliche österreichweite Aus- und Weiterbildung und eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit geben.



© Johanna Paulus-Schinner

Das Aufgabenspektrum der Abfallberater:innen

Im Mittelpunkt stehen die Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Einen Schwerpunkt bildet die Umsetzung von Kindergarten- und Schulprojekten, die Organisation von Exkursionen, Ferienspielen oder sonstigen Aktivitäten zu den Themen Abfall und Nachhaltigkeit.

Die Umwelt- und AbfallberaterInnen sind im Kontakt mit Gemeinden, privaten Haushalten, KonsumentInnen, Betrieben, Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen sowie lokalen und regionalen Institutionen und Verwaltungsorganisationen. Mit ihrer Arbeit wollen sie Konsummuster in Richtung Ressourcenschonung und einer nachhaltigen Verringerung von Stoffströmen beeinflussen und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

Erwachsenenbildung

Bei der Erwachsenenbildung geht es um telefonische und persönliche Beratung, das Abhalten von Informationsveranstaltungen und Vorträgen, beispielsweise Mieterversammlungen, Vorträge/Workshops bei Vereinen u.a. sowie das Abhalten von Führungen bei Sammelzentren und Abfallbehandlungsanlagen. Wobei es immer große regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land, Ost und West und auch länderspezifisch zu bedenken gibt.

Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen und Behörden

Weitere wesentliche Aufgaben betreffen die Zusammenarbeit mit regionalen Entsorgungsunternehmen, Behörden, Landes- und Bundesstellen und anderen kommunalen Umwelt- und AbfallberaterInnen, die Schulung von Altstoffsammelstellenmitarbeitern, Umweltgemeinderäten, Amtsleitern und Gemeindemitarbeitern sowie die Umsetzung bzw. Mitarbeit bei überregionalen Initiativen und Projekten der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung, wie beispielsweise nachhaltige Events, Flurreinigungsaktionen, Bewusst konsumieren etc.



© Johanna Paulus-Schinner

Infobox:

Aufgaben der Abfallberater:innen:

- > Information
 - der externen Öffentlichkeit
 - der internen Öffentlichkeit
 - von Betrieben mit Andienungspflicht
- > Erstellen von Content für Gemeindezeitschriften
- > Gestaltung von Abfallverbandszeitungen, Inseraten, Flyern, Presseausendungen und sonstigen relevanten Kommunikationskanälen (Beschriftungen von Abfallsammel-Einrichtungen)
- > Pflege des abfallbezogenen Online-Contents der Gebietskörperschaft
- > abfallbezogene Social-Media-Kommunikation für die Gebietskörperschaft

Nebenaufgaben:

- Mediation, Vernetzung und Koordination zwischen Öffentlichkeit, Betrieben, Verwaltung und Politik im Bereich der Abfallwirtschaft
- die Konzeption, Umsetzung und Evaluierung von lokalen beziehungsweise regionalen Abfallvermeidungsplänen
- sowie die Unterstützung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten für öffentliche Einrichtungen.

Ziele der Bewusstseinsbildung

Im Brennpunkt der Abfallberatung stehen ja in den nächsten Jahren vor allem die Themen Reduzierung des materiellen Konsums, Abfallvermeidung und Reduktion des Rohstoffverbrauchs entsprechend den Zielen der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie.

- > Durch Motivation und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung soll erreicht werden, dass durch kritisches Hinterfragen des eigenen Konsumverhaltens Abfälle möglichst vermieden und Produkte in ausreichender Qualität für eine Vorbereitung zur Wiederverwendung zur Verfügung gestellt werden.
- > Die getrennt gesammelten Altstoffe sollten sortenrein und in ausreichender Qualität und Quantität (biogene Abfälle, Verpackungsabfälle, Elektro-Altgeräte, Batterien, ...) vorhanden sein.
- > Die Bürger:innen sollten hinsichtlich der Abfallverwertung über Kenntnisse der ökologischen und ökonomischen Vorteile verfügen, aber auch über einfache technische Grundlagen, etwa Verwertungstechnologien oder Abfallbehandlungsverfahren Bescheid wissen.

Bitte geben Sie Glasverpackungen zum Altglas.

Ausgelöffelt und ausgeleert, getrennt nach Weißglas und Buntglas.



Hier sehen Sie wie man Glas richtig entsorgt als Film:



austria
glasrecycling
Ein Unternehmen der ARA

Topthema:
Zukunft der
kommunalen
Umwelt- und
Abfallberatung

Interview mit DI Michael Bartmann

Stellvertretender Bundeskoordinator der ARGE
österreichischer Abfallwirtschaftsverbände



VABÖ: Herr Diplomingenieur Bartmann, Sie übernehmen mit Jahreswechsel die Funktion des Bundeskoordinators der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände von Dr. Johann Mayr. Worauf werden Sie in Ihrer neuen Funktion besonderen Fokus legen?

Bartmann: Als Interessensvertretung und Informationsdrehscheibe für über 100 Gemeindeverbände - mit rund sieben Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern - vertritt die Arge AWV einen wesentlichen Teil der kommunalen Abfallwirtschaft in Österreich. Eine der Kernaufgaben der Arge AWV liegt darin, sich für geeignete Rahmenbedingungen für Kommunen und Verbände einzusetzen, damit diese ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge nachhaltig erfüllen können - diesen Weg werden wir auch zukünftig mit ganzer Kraft weitergehen. Gleichzeitig ist es wichtig, den Blick auf Innovation und Weiterentwicklung zu richten. Als Organisation werden wir uns beispielsweise noch stärker als Informationsportal für unsere Mitglieder positionieren und auch den „Alleinstellungsmerkmalen“ der kommunalen Abfallwirtschaft besondere Aufmerksamkeit schenken. Eines dieser Alleinstellungsmerkmale ist sicherlich die Umwelt- und Abfallberatung. Mit rund 350 Abfallberatern und Abfallberaterinnen verfügen die Gemeinden und Verbände in unserem Land über einen etablierten und professionalisierten Kanal, um Information auf einem sehr direkten Weg an die Bevölkerung zu bringen – die Abfallberatung ist quasi ein „Tor“ zu den Bürgerinnen und Bürger. Vor allem für zukünftige Herausforderungen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft werden diese Kommunikationsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung sein.

VABÖ: Welche Aufgaben kommen hier auf die Abfallberatung zu und welchen Beitrag kann sie, besonders im Hinblick auf die Ziele und Maßnahmen der nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie, leisten?

Bartmann: Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie legt unter anderem Ziele zur Steigerung der Zirkularitätsrate oder eine Reduktion des materiellen Konsums fest. Um diese beiden Zielsetzungen zu erfüllen, bedarf es auch einer deutlichen Änderung des Konsumverhaltens in der Bevölkerung: das betrifft die Kaufentscheidung, die Nutzungsphase und an deren Ende die Frage einer möglichen Nachnutzung von Produkten – Stichwort Repair und ReUse – und letztendlich die bestmögliche Verwertung. Die Umwelt- und Abfallberater:innen können hier Partner sein, die Bürgerinnen und Bürger begleiten und anleiten. Zudem sieht die Strategie vor, dass das Thema „Kreislaufwirtschaft“ auch im österreichischen Bildungssystem verankert wird. Auch hier haben die Abfallberaterinnen und Abfallberater seit Jahrzehnten eine besondere Expertise in der zielgruppengerechten Aufbereitung und Vermittlung von Wissen zum Thema Abfalltrennung und Abfallvermeidung.

VABÖ: Inwieweit sind strukturelle Maßnahmen erforderlich, um die Umwelt- und Abfallberatung bei ihrer Arbeit zu unterstützen?

Bartmann: Besonders bei Berichts- und Nachweispflichten zur „Letztverbraucherinformation“ gibt es sicher ein Potential für strukturelle Verbesserungen. Hier sollte zukünftig besonderer Fokus auf die Nutzung von Synergieeffekten und einer größtmöglichen Vereinheitlichung des Meldewesens gelegt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass zukünftig noch weitere Stoffströme wie beispielsweise das Einwegpfand zu berücksichtigen sind.

VABÖ: Was erachten Sie als besonders wichtig, um eine qualitative Abfallberatung in Österreich weiterhin zu gewährleisten?

Bartmann: Die Umwelt- und Abfallberatung übernimmt in Österreich die Aufgabe einer professionellen Information der Bevölkerung zu Abfall- und Kreislaufwirtschaft – gleichzeitig werden die Themenstellungen in diesen Bereichen aber immer komplexer. So wird es besonders wichtig sein, das Wissen und den Informationsvorsprung der Abfallberaterinnen und Abfallberater weiter zu stärken und auszubauen, zum Beispiel durch ein passendes Angebot an Schulungen und Ausbildungen.

VABÖ: Mehrfach wurde beim Zukunftsworkshop auch das Thema einer einheitlichen Aus- und Weiterbildung angesprochen. Gibt es dazu Überlegungen?

Bartmann: Im Rahmen des Strategieworkshops, aber auch von einzelnen Verbänden wurde dieses Thema bereits an uns herangetragen. Wenn es hier seitens unserer Mitglieder den Wunsch nach einer Vereinheitlichung und Neuausrichtung gibt, stehen wir hier natürlich gerne als Kooperationspartner zur Verfügung.

VABÖ: Was wäre Ihrer Meinung nach grundsätzlich wichtig, um bei den Menschen mehr Bewusstsein für die Abfallvermeidung zu schaffen?

Bartmann: Es sollte das Bewusstsein vorherrschen, dass jeder Griff ins Supermarktregal oder der Klick auf den Bestellbutton im Hintergrund einen neuen „Produktionsauftrag“ für dieses Produkt auslösen – die Regale müssen ja wieder aufgefüllt werden. So lange wir alle also kurzlebige, überflüssige, nicht reparierbare oder übermäßig verpackte Produkte kaufen, werden diese auch nicht aus den Sortimenten verschwinden.

VABÖ: Vielen Dank für das Gespräch.



DEIN MEHRWEGBECHER

+43-1-710 13 87-700
anfragen@cupolutions.

Nachhaltige Mehrwegbecher für Ihr Gemeindefest?

- Müll einsparungen durch Einweg-Verzicht
- umfassender Vor-Ort-Service
- maßgeschneidertes Angebot



Anzeige

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie

Sie beinhaltet die Vision der Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft in eine klimaneutrale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft bis 2050.

Um die Realisierung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen, wurde der Aktionsplan „Circular Economy“ von der Europäischen Kommission im Jahr 2015 ins Leben gerufen. Unter Federführung des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) wurde dazu eine nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie erarbeitet.

Der weltweite Ressourcenverbrauch hat die von der Wissenschaft definierte planetare Belastungsgrenze, die auf 50 Milliarden Tonnen pro Jahr geschätzt wird, längst überschritten. 2016 lag die Belastung bei 93 Milliarden Tonnen. Damit sind unsere ökologischen Lebensgrundlagen stark bedroht.

Ressourcenverbrauch verursacht erhebliche Umweltbelastungen

Wesentliche Ursache dafür ist der rasant steigende Verbrauch an natürlichen Rohstoffen. Treiber für dieses starke Verbrauchswachstum ist neben dem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum die lineare Wirtschaftsweise. Der starke Anstieg im Ge- und Verbrauch von Ressourcen verursacht erhebliche Umweltbelastungen: Die Treibhausgasemissionen sind zu rund 50 Prozent, der Biodiversitätsverlust und die Wasserverknappung zu mehr als 90 Prozent auf die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen zurückzuführen. Allein die Produktion von Stahl, Zement, Kunststoffen, Papier und Aluminium verursacht 36 Prozent aller globalen Treibhausgasemissionen.

Infobox:

Der weltweite Material-Fußabdruck hat sich von 43 Milliarden Tonnen im Jahr 1990 auf 92 Milliarden im Jahr 2017 mehr als verdoppelt. Insbesondere in diesem Jahrhundert weist die Wachstumskurve steil nach oben. Von 2000 bis 2017 betrug der Zuwachs 70 Prozent. Ohne konzertierte Maßnahmen wird der weltweite Verbrauch von Ressourcen wie Biomasse, fossilen Brennstoffen, Metallen und Mineralien bis 2060 laut OECD voraussichtlich auf 190 Milliarden Tonnen anwachsen und das jährliche Abfallaufkommen bis 2050 nach Berechnungen der Weltbank (Weltbank 2018: What a Waste 2.0: A Global Snapshot of Solid Waste Management to 2050) voraussichtlich um 70 Prozent steigen.

Infobox:

Circularity Gap Report 2023

- Sekundärrohstoffe machen 7,2% des globalen Rohstoffeinsatzes aus
- Seit 2018 ist die globale Zirkularitätsrate von 9,1% auf 7,2% gesunken
- Die meisten Rohstoffe fließen in den Aufbau der Lager (Infrastruktur, Gebäude, ...)
- Nur 70% des globalen Rohstoffverbrauchs wären für die Bedarfsdeckung notwendig
- Notwendige Strategien: Reduce – Regenerate – Redistribute

Topthema:
Zukunft der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung



Lebensmittel-Abfall-Vermeidung ist ein österreichweiter Schwerpunkt der Abfallberatung.

In Österreich liegt der Materialverbrauch weit über dem europäischen Durchschnitt. Bereits am 6. April 2023 erreichte die Alpenrepublik den sogenannten Earth Overshoot Day. Die Verringerung des Ressourcenverbrauchs sowie der Abfälle und Emissionen ist also von fundamentaler Bedeutung und erfordert eine tiefgehende Transformation der Wirtschaft.

Auf der Basis bestehender nationaler Strategien und Programme

Die vom BMK gemeinsam mit zahlreichen Akteur:innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft erarbeitete und im Dezember 2022 vom Ministerrat beschlossene **österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie** fußt auf bestehenden nationalen Strategien und Programmen (so etwa die Bioökonomiestrategie für den Umstieg auf erneuerbare Rohstoffe, das Abfallvermeidungsprogramm und der Bundes-Abfallwirtschaftsplan etc.). Die Strategie umfasst die Kreislaufwirtschaftsgrundsätze, die Vision, die Ziele, die Instrumente und Maßnahmen zur Gestaltung der Transformation sowie das Monitoring. Darüber hinaus enthält sie auch die Ansatzpunkte für die Transformation mit umfangreichen Maßnahmenvorschlägen in den Schwerpunktfeldern.

Die R-Grundsätze

Handlungsleitend sind folgende R-Grundsätze:

Intelligente Nutzung und Herstellung von Produkten und Infrastruktur

- > Refuse - Überflüssig machen
- > Rethink - Neu denken und zirkulär designen
- > Reduce - Reduzieren

Verlängerte Lebensdauer von Produkten, Komponenten und Infrastruktur

- > Reuse - Wiederverwendung
- > Repair - Reparatur
- > Refurbish - Verbessern
- > Remanufacture - Wiederaufbereiten
- > Repurpose - Anders weiternutzen

Wiederverwerten von Materialien

- > Recycle - Recycling
- > Recover - Thermische Verwertung mit Energierückgewinnung

Strategische Ziele und Transformationsschwerpunkte

Das Kernstück der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie bilden die strategischen und operationalen Ziele:

1. Reduktion des Ressourcenverbrauchs
Der inländische Materialverbrauch soll bis 2030 von 19 auf maximal 14 Tonnen pro Kopf/Jahr reduziert werden, der Material-Fußabdruck bis 2050 von 33 auf maximal 7 Tonnen pro Kopf/Jahr
2. Steigerung der inländischen Ressourcenproduktivität um 50 Prozent bis 2030
3. Steigerung der Zirkularitätsrate von 12 auf 18 Prozent bis 2030
4. Reduktion des materiellen Konsums in privaten Haushalten um 10 Prozent bis 2030

Sieben Transformationsschwerpunkte mit mehr als 600 Maßnahmenvorschlägen wurden festgelegt:

- Bauwirtschaft
- Kunststoffe und Verpackungen
- Elektro – Elektronik, IKT
- Mobilität
- Textilwirtschaft
- Abfälle und Sekundärrohstoffe
- Biomasse

Mehr Infos zur österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie:
www.bmk.gv.at – Suchbegriff „Die österreichische Kreislaufwirtschafts-strategie“



Infobox:

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie im Europäischen Kontext:

Mit dem Green Deal (2019) und dem Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft (2020) verfolgt die europäische Union eine Transformation in eine wettbewerbsfähige, ressourceneffiziente und klimaneutrale Wirtschaft bis 2050. Eine Schlüsselrolle im Aktionsplan spielt die nachhaltige Produktpolitik mit dem Ziel, nachhaltige Produkte zur Norm im europäischen Binnenmarkt zu machen. Im Fokus steht dabei die Einführung einer Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte, der EU-Textilstrategie sowie neuer Rechte für die Konsument:innen.

Topthema:
Zukunft der
kommunalen
Umwelt- und
Abfallberatung

Infobox:

Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket sieht unter anderem vor:

- Zielvorgabe von 65 % für das Recycling von Siedlungsabfällen bis 2030;
- Zielvorgabe von 75 % für das Recycling von Verpackungsabfällen bis 2030;
- Zielvorgabe zur Beschränkung der Deponierung von Abfällen auf höchstens 10 % der Siedlungsabfälle bis 2030;
- ein Verbot der Deponierung von getrennt gesammelten Abfällen;
- die Förderung wirtschaftlicher Instrumente zur Abkehr von Abfalldeponierung;
- vereinfachte und verbesserte Definitionen und harmonisierte Berechnungsverfahren für Recyclingraten in der EU;
- konkrete Maßnahmen zur Förderung der Wiederverwendung und Stimulierung der Industriesymbiose - das Nebenprodukt eines Industriezweigs kann zum Rohmaterial eines anderen Industriezweigs werden;
- wirtschaftliche Anreize für Erzeuger, die umweltfreundlichere Erzeugnisse auf den Markt bringen, und Unterstützung von Verwertungs- und Recyclingsystemen (z. B. für Verpackungen, Batterien, elektrische und elektronische Geräte, Fahrzeuge).

Mehr Infos: www.no.e.gv.at – Suchbegriff „Kreislaufwirtschaftspaket“

Infobox:

Europäischer Grüner Deal

Mit dem europäischen Grünen Deal soll der Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft geschaffen werden, die

- bis 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausstößt,
- ihr Wachstum von der Ressourcennutzung abkoppelt,
- niemanden, weder Mensch noch Region, im Stich lässt.

Ein Drittel der 1,8 Billionen EUR schweren Investitionen aus dem Aufbauplan NextGenerationEU und dem 7-jährigen Haushalt der EU dienen der **Finanzierung des Grünen Deals**. Infos unter <https://commission.europa.eu> – **Suchbegriff Europäischer Grüner Deal**.

Im Sinne einer Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 hat die EU-Kommission **konkrete Vorschläge für eine neue Klima-, Energie-, Verkehrs- und Steuerpolitik** vorgelegt.

Mehr zur Umsetzung des Grünen Deals:

<https://commission.europa.eu> – **Suchbegriff Umsetzung des Grünen Deals**

Europäischer Aufbauplan

Flankiert von „NextGenerationEU“ (NGEU), dem zeitlich befristeten Aufbau-Instrument, ist der langfristige EU-Haushalt das größte Konjunkturpaket, das je aus dem EU-Haushalt finanziert wurde. Mit insgesamt 2,018 Billionen Euro zu jeweiligen Preisen (1,8 Billionen EUR zu Preisen von 2018) soll Europa nach Corona wieder auf die Beine kommen. Es soll ein grüneres, stärker digital ausgerichtetes und krisenfesteres Europa werden. Die Mittel werden eingesetzt, um die zentralen Herausforderungen für Europa zu bewältigen und Bedürftige zu unterstützen. Mehr Infos: <https://commission.europa.eu> – **Suchbegriff Europäischer Aufbauplan**



Interview mit Leonore Gewessler

Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie



VABÖ: Frau Bundesministerin, die Ziele der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie sind sehr ambitioniert. Wie sehen Sie dabei die Rolle der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung?

Gewessler: Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie braucht die Zusammenarbeit aller Akteure. Die kommunalen Umwelt- und Abfallberater:innen nehmen dabei eine wichtige Funktion ein:

Sie können Kommunen und Betrieben Wege zu mehr Kreislaufwirtschaft aufzeigen und in Kooperation mit Schulen die Bewusstseinsbildung bei Kindern und Jugendlichen stärken. Das schafft die Basis für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen.

VABÖ: Wo sollten Ihrer Meinung nach die Prioritäten liegen?

Gewessler: Die Prioritäten müssen auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt werden. Bei Unternehmen geht es darum, dass Produkte und Dienstleistungen kreislauffähig gestaltet werden, bei Kommunen und Schulen vor allem um eine kreislauffähige Infrastruktur und eine gute Bewusstseinsbildung. Für alle Zielgruppen gilt jedoch eines: Kreislaufwirtschaft muss vom Beginn des Lebenszyklus von Produkten gedacht werden und nicht erst beim Abfall ansetzen.

VABÖ: Was konkret sollte die Abfallberatung tun, um der Bevölkerung die notwendigen Maßnahmen näherzubringen, sie zu motivieren? Bewusstseinsarbeit ist sehr zeitintensiv, und Gewohnheiten zu ändern dauert.

Gewessler: Die Abfallberater und -beraterinnen arbeiten kontinuierlich und informieren und beraten die Menschen direkt vor Ort. Diese Kontinuität ist sehr wichtig, um tatsächliche Verhaltensänderungen zu bewirken. Die Bevölkerung bei ihrer Lebensrealität abzuholen und darauf abgestimmte Maßnahmen bzw. Handlungsweisen zu empfehlen, ist entscheidend für die Akzeptanz.

VABÖ: Welche Maßnahmen braucht es seitens des Ministeriums? Inwieweit sind strukturelle Maßnahmen erforderlich, um die Umwelt- und Abfallberater:innen bei ihrer Arbeit zu unterstützen?

Gewessler: Das Klimaschutzministerium unterstützt seit vielen Jahren aktiv die Arbeit der Umwelt- und Abfallberater:innen, vor allem mit Information und durch Wissenstransfer. Das soll auch fortgesetzt werden.

VABÖ: Was wäre Ihrer Meinung nach grundsätzlich wichtig, um bei den Menschen mehr Bewusstsein für die Abfallvermeidung zu schaffen?

Gewessler: Wichtig ist es, mehr zu vermitteln, als dass Abfälle sauber getrennt werden sollen, damit sie gut verwertet werden können. Es geht vor allem darum, das Bewusstsein zu schaffen, wie wichtig es ist, dass wir unseren Ressourcenverbrauch reduzieren. Jede Ressource hat eine Endlichkeit, geht also auf diesem Planeten einfach aus. Wenn das bei uns allen ankommt, verstehen wir alle auch, wie wichtig es ist, auf unsere Produkte in diesem Sinne zu achten: Es geht darum, sich immer wieder mal zu fragen, was man denn wirklich alles braucht, die Produkte dann wiederum so zu entwickeln oder zu kaufen, dass sie möglichst lange halten, dass sie reparierbar sind oder dass sie auch von anderen weiter genutzt werden können - etwa Mode aus dem Second Hand Geschäft.

VABÖ: Vielen Dank für das Gespräch.

Topthema:
Zukunft der
kommunalen
Umwelt- und
Abfallberatung

V A B Ö - N E W S

Neues Ehrenmitglied im VABÖ

Bei unserer kürzlich stattgefundenen Generalversammlung wurde Frau Mag. Christine Hochholdinger zum VABÖ-Ehrenmitglied ernannt. Damit möchten sich die österreichischen Abfallberater:innen für die langjährige außerordentlich engagierte Unterstützung und Wertschätzung für die Arbeit in der kommunalen Umwelt- und Abfallberatung durch Mag. Christine Hochholdinger bedanken.

Obmann-Stv. Alex Würtenberger und VABÖ-Geschäftsführer Hias Neitsch bedankten sich bei Mag. Christine Hochholdinger für die wunderbare Zusammenarbeit mit einem kulinarischen Tiroler-Jausenkiestl.





Mitteilungen des BMK

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Die EU-Verordnung „Ökodesign für nachhaltige Produkte“

Die Europäische Kommission hat am 30. März 2022 eine neue Verordnung präsentiert, die das Ökodesign für nachhaltige Produkte fördern soll. Um Produkte so zu gestalten, dass sie möglichst lange in einer Kreislaufwirtschaft bestehen können, soll das Problem an der Wurzel angegangen werden: beim Design der Produkte. Der Verordnungsvorschlag stützt sich auf die bestehende Ökodesign-Richtlinie, die derzeit nur energieverbrauchsrelevante Produkte abdeckt. Im Gegensatz zur Richtlinie ist eine Verordnung ein verbindlicher Rechtsakt der EU und hat unmittelbare Wirksamkeit in allen Mitgliedsstaaten. Die Ökodesign-Verordnung wird für fast alle Produktgruppen gelten, außer für Lebensmittel, Futtermittel, medizinische Produkte sowie lebende Pflanzen und Tiere.

Mit der Verordnung wird ein harmonisierter Rahmen geschaffen, um Nachhaltigkeitsanforderungen in Form von „delegierten Rechtsakten“ für Produktgruppen festlegen zu können. Die Ökodesign-Anforderungen betreffen u.a. die Haltbarkeit, Zuverlässigkeit, Wiederverwendbarkeit, Nachrüstbarkeit, Reparierbarkeit, Recyclingfähigkeit sowie die Energie- und Ressourceneffizienz von Produkten. Zudem kann der Einsatz von besorgniserregenden Stoffen, die das Recycling erschweren, beschränkt werden. Dies fördert die Effizienz des Abfallmanagements, da recycelbare Produkte einfacher in den Kreislauf zurückgeführt werden können.

In der VO ist vorgesehen, dass die Kommission in Arbeitsplänen festlegt, welche Produktgruppen als vorrangig für delegierte Rechtsakte gelten. Die Arbeitspläne sollen sich über mindestens drei Jahre erstrecken. Die ersten priorisierten Produktgruppen sind noch nicht finalisiert, aber Produktgruppen wie Textilien (vor allem Bekleidung und Schuhe), Möbel (einschließlich Matratzen), IKT-Produkte, Reifen, Detergenzien und Lacke sowie Zwischenprodukte wie Eisen, Stahl, Aluminium und Chemikalien sind möglicherweise im ersten Arbeitsplan enthalten. Ökodesign-Anforderungen können auch bedeuten, dass Informationen über Eigenschaften der Produkte bereitgestellt werden müssen.

Ein weiterer bedeutender Aspekt dieser Verordnung betrifft das Verbot der Vernichtung von unverkauften Verbrauchs-

produkten. Insbesondere aufgrund des raschen Anstiegs von Online-Verkäufen wird die Vernichtung von noch ungenutzten und intakten Produkten ein zunehmendes Umweltproblem. Ein direktes Verbot für die Produktgruppe Textilien bzw. Bekleidung gilt als sehr wahrscheinlich. Zudem kann die EU Kommission künftig auf Basis von Daten zusätzliche Vernichtungsverbote für weitere Produktgruppen festlegen. Dies ist ein entscheidender Schritt zur Reduzierung der Ressourcenverschwendung und soll dazu beitragen, dass Produktionsmengen und Logistik besser an den Bedarf angepasst werden.

Außerdem wird mit der Ökodesign-VO ein neuer „digitaler Produktpass“ eingeführt. Der DPP wird Informationen über die ökologische Nachhaltigkeit von Produkten und z.B. auch deren korrekte Entsorgung enthalten. Es sollen dadurch Informationen entlang der Wertschöpfungskette zu den Produkten bereitgestellt werden, insbesondere für späteres Reparieren beziehungsweise Recyceln der Produkte.

Derzeit wird die EU-Verordnung „Ökodesign für nachhaltige Produkte“ noch im Trilog zwischen EU-Kommission, Rat der Europäischen Union und EU Parlament verhandelt. Es kann damit gerechnet werden, dass im Jahr 2025-2026 die ersten Produktverordnungen in Kraft treten. Die VO bringt wichtige Veränderungen mit sich, die grundlegend sind, um eine Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen. Sie bedingt die Entwicklung und Herstellung von langlebigeren Produkten mit geringeren Umweltauswirkungen, was letztendlich auch zu einer Reduzierung des Abfallaufkommens führen soll.

Weiterführende Links:

EU-Kommission:

[Ecodesign for sustainable products \(europa.eu\)](https://ecodesignforproducts.europa.eu)


[Allgemeine Ausrichtung des Rates: Ökodesign-Verordnung: Rat legt Standpunkt fest - Consilium \(europa.eu\)](#)

EU-Parlament:

• [Ökodesign: umweltfreundlichere und energieeffizientere Produkte | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)

• [Ökodesign für nachhaltige Produkte \(europa.eu\)](#)

Sekt. Chef DI Christian Holzer, Leiter der Sektion V, BMK

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

